

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 6. Juni. Wie glaubwürdig verlautet, sind seitens der Römischen Curie neuerdings positive Vorschläge zur Beilegung des kirchlichen Conflicts hier eingetroffen. Gleichwol ist ein Abschluß der Verhandlungen in absehbarer Zeit nicht in Aussicht. (Wef.-B.)

Wien, 6. Juni. Die Gerichte Oesterreichs haben gemeinsame Schritte der Nachbarstaaten gegen die deutsche Tarifpolitik angeregt, sind gänzlich unbegründet. (Wef.-B.)

Messina, 5. Juni. Ein ungeheurer Lavastrom hat die Gemarkung von Randazzo verflücht und bedroht gegenwärtig Mojo und den Fluß Alcantara. Es findet ein großer Zufluß von Deutschen, namentlich Naturforschern, statt. (Allg. B.)

Paris, 5. Juni. Die Akademie hat beschlossen, die feierliche Aufnahme Henri Martin's auf den 18. Dec. anzuberaumen und den Akademiker Marnier zu beauftragen, an Stelle Emile Litier's die Erwiderungsrede auf die Ansprache Henri Martin's zu halten.

London, 6. Juni. Fürst Alexander von Bulgarien hat sich gestern Abend nach Balmoral begeben, um daselbst der Königin Victoria einen Besuch abzustatten.

Brüssel, 6. Juni. In der Repräsentantenkammer wurde heute der Gesetzentwurf über den Unterricht in der Volksschule mit 67 gegen 60 Stimmen angenommen.

Wien, 6. Juni abends. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Philippopol: „Das osmanische Directorium hat beschlossen, bei seinen Verhandlungen sich der französischen Sprache zu bedienen. Alle von dem General Vitalis als Obercommandant der Miliz vorgenommenen Ernennungen sind von dem Directorium bestätigt worden.“

Konstantinopel: „In officiellen türkischen Kreisen wird den Gerüchten über die angeblich bevorstehende Rückkehr Mahomed Medin's nach Konstantinopel widerprochen. Der griechische Gesandte hat der Pforte angezeigt, daß die griechischen Delegirten für die demnächst zu eröffnenden Verhandlungen im Laufe der nächsten Woche eintreffen werden.“

Konstantinopel, 6. Juni. Bestem Vernehmen nach hat der russische Botschafter Fürst Lobanow, in Folge einer Anfrage der Pforte, die über die Abschiedsrede des Generals Stolypin verbreitete Verston für apokryph erklärt.

Simla, 5. Juni. Jakub-Khan beabsichtigt, am 8. Juni nach Kabul zurückzukehren. Derselbe hat dem Vizekönig von Indien seinen Dank für den ihm zu Theil gewordenen Empfang ausgesprochen und zugleich angezeigt, daß er dem Vizekönig voraussichtlich gegen das Ende des Winters einen Besuch abstatten

werde, nachdem er die Angelegenheiten seines Reiches geordnet haben werde.

Zum Wiederzusammentritt des Reichstages.

Leipzig, 7. Juni. Uebermorgen beginnt der Reichstag seine Verhandlungen wieder. Er wird sich zunächst noch mit dem Posttarif beschäftigen, dann aber wol in allernächster Zeit an den zweiten wichtigen Theil des ihm vorgelegten Reformplanes, die Verathung der eigentlichen Finanzpläne, herantreten.

Zwei solche stehen dabei zunächst in Frage: die Tabaks- und die Brauereisteuer. Für Annahme der letztern scheint zur Zeit wenig Aussicht zu sein; man verlangt, der Gleichheit halber, zugleich mit ihr eine Brennersteuer, und wir finden dieses Verlangen gerechtfertigt. Vorläufig möchten wir fragen, ob denn nicht auch der Gedanke einer Ölfenersteuer wieder aufgenommen werden sollte? Unseres Wissens sind weder die wirtschaftlichen noch die technischen Bedenken, die wol von manchen Seiten gegen eine solche Steuer erhoben worden, von so durchschlagender Bedeutung, daß sie von einem Versuche ihrer Durchführung abschrecken müßten. Und der Ertrag einer solchen, unsers Erachtens ihrem Gegenstande nach sehr gerechtfertigten Steuer dürfte denn doch ein nicht zu verachtender sein.

Vorläufig wird indeß der Schwerpunkt der Finanzreform (abgesehen von den Schutzzöllen) in der Tabakssteuer liegen. Hier stehen vorderhand noch, als zwei Extreme, der Vorschlag der Regierung mit 120 M. Steuer für den ausländischen, 80 M. für den inländischen Tabak, und der von der Commission in erster Lesung angenommene Antrag des Centrums, 60 und 25 M., einander gegenüber. Neuern Nachrichten zufolge wäre jedoch wahrscheinlich, daß die Commission in zweiter Lesung sich auf den Antrag Buhl — 84 und 45 M. — einigte.

Der Bundesrathcommissar hatte gegen diesen Antrag eigentlich nur das einzuwenden, daß die beantragten Sätze in das Decimalsystem nicht paßten. Gegenüber dem ursprünglichen Vorschlage des Bundesrathes — 120 und 80 M. — (von dem indeß dieser selbst in der Commission schon auf 100 und 60 M. herabzugehen nicht abgeneigt schien), brächte der Antrag Buhl eine Herabsetzung von 30 Proc. beim ausländischen, von etwa 44 Proc. beim inländischen Tabak.

Die Regierungen berechnen den muthmaßlichen Ertrag der Steuer nach den von ihnen normirten Sätzen auf 45,776000 M. für den ausländischen, auf 11,600000 M. für den inländischen Tabak, zusammen also auf 57,375000 M. Wenn man nun davon 30 Proc. am ausländischen, 44 am inländischen Tabak abzieht, so bleiben dort 32,042500 M., hier 6,496000, zusammen 38,538500 M. Gegen die bisherigen Erträge gehalten (circa 13 Mill. M. Zoll, circa 1 Mill. Steuer, zusammen circa 14 Mill. M.), ergibt dies ein Mehr von ungefähr 24 Mill. M.

Nun sollen (nach einer unlängst von uns mitgetheilten Berechnung des Professors Karsten in Kiel) die nach dem neuen Tarif zu bewilligenden Bälle — ohne Bran- und Tabaksteuer — im Minimum etwa 88 Mill. ergeben, im Maximum 120 Mill., also den Durchschnitt angenommen etwa 100 Mill. Das wäre ungefähr der Betrag der Matricularbeiträge oder schon etwas mehr. Was darüber hinausginge, würde nach dem Plane des Reichskanzlers an die Einzelstaaten zu vertheilen sein.

Dagegen sträubt sich nun ein Theil unserer politischen Gesinnungsgenossen, der National-Liberalen. Man dürfe, wird von dieser Seite gesagt, unmittelbare Reichseinnahmen (aus indirecten Steuern und Zöllen) „nur bis zum Betrage des nachgewiesenen Bedürfnisses des Reiches“, mit andern Worten nur so viel, daß dadurch die Matricularbeiträge unnötig würden, bewilligen, aber nicht mehr! Von diesem Standpunkte aus würde man, wenn wirklich schon anderweit für 88 oder mehr Mill. M. Bälle bewilligt wären, consequenterweise zur gänzlichen Ablehnung der neuen Tabaksteuer gelangen. Und doch würde uns dies sachlich ungerechtfertigt erscheinen, da anerkanntermaßen Tabak — einerseits wegen seines sehr weit verbreiteten Gebrauchs, andererseits als doch nicht zu den eigentlichen Lebensbedürfnissen gehörig — ein ganz besonders geeignetes Object der Besteuerung ist.

Aus diesem Dilemma gäbe es freilich mehrere Auswege. Man könnte z. B. von dem im neuen Posttarif enthaltenen Petroleumzoll wieder absehen, der einen ziemlich bedeutenden Ertrag liefert. Karsten veranschlagt den Ertrag der Bälle auf Beleuchtungsmaterialien: Petroleum und Richte, auf fast 26 Mill. M.; davon kommt auf Richte nur ganz wenig, so daß der Petroleumzoll dem Tabakzoll und der Tabaksteuer (nach den Sätzen von 84 und 45 M.) ungefähr gleichkommen dürfte.

Oder man könnte auf die Aufhebung der Salzsteuer zurückkommen, die schon früher stark in Frage war, oder — da die gänzliche Aufhebung einen Ausfall von über 36 Mill. M. (also 12 Mill. M. mehr als der Ertrag vom Tabak) ergeben möchte — wenigstens auf eine Herabsetzung derselben um zwei Drittel.

Schutzzöllnerische Rücksichten auf „nothleidende“ Industrie oder Landwirthe kommen weder beim Petroleum noch beim Salz in Betracht; man hat also vollkommen freie Hand, diese beiden Gegenstände lediglich nach finanziellen Erwägungen zu behandeln.

Im Princip hätten wir übrigens auch gegen eine Heimzahlung von Ueberschüssen seitens des Reiches an die Einzelstaaten kein sonderliches Bedenken; nur scheint uns die Vertheilung schwierig, wenn nicht wiederum, wie bei den Matricularbeiträgen, bei Zugrundelegung der bloßen Kopfszahl, eine Prägravation der Staaten mit mehr consumirender, also zu den indirecten Steuern mehr beitragender Bevölkerung gegen die mit minderverzehrender eintreten soll.

Die 23. Allgemeine Deutsche Lehrerversammlung.

Am 5. Juni fand die letzte Hauptversammlung statt. Buchhändler Wunderlich aus Leipzig nahm das Wort zu einem Vortrage über „Die normale Ausstattung der deutschen Volksschule betreffs der Lehrmittel“:

Der Redner wolle nicht bestimmte Lehrmittel empfehlen, sondern nur die Grundsätze darlegen, welche bei Anschaffung derselben beobachtet werden müssen und nicht immer beobachtet worden sind. Zwei Hauptfehler sind besonders gemacht worden. Einmal kaufte man zu sehr mit Rücksicht auf Billigkeit und ferner zu sehr nach einseitig wissenschaftlichen Gesichtspunkten. Es müsse aber die Auswahl lediglich nach pädagogischen Grundsätzen getroffen werden. Es müssen also die Lehrmittel groß genug, die bildlichen Darstellungen einheitlich und nicht überladen sein. Ferner ist jedes Fach bei der Auswahl entsprechend zu berücksichtigen, wobei als selbstverständlich zu betrachten ist, daß nicht alle Fächer gleich viel Lehrmittel gebrauchen, auch viele vom Lehrer selbst angefertigt werden können. Zur Herbeiführung einer normalen Ausstattung der Schule mit Lehrmitteln sei aber ein besonderes Studium erforderlich, zu dem schon auf den Seminarien die Jünger angeleitet werden könnten. Fortbildung in dieser Lehrmittellunde ermöglichen die resp. Blätter, deren bis jetzt allerdings erst zwei vorhanden sind: das Magazin für Lehrer und Lernmittel von Schröder (Arning's Söhne, Magdeburg) und Das Schulmuseum, die Beilage zur Berliner Pädagogischen Zeitung.

Seminardirector Credner-Bremen beschränkt sich in seinen Ausführungen auf die Geographie, für die die Karten meist zu vollgepropt mit Namen und Zeichnungen und deshalb nicht instructiv seien. Ebenso seien die Globen wenig brauchbar; diejenigen Globen und Karten seien, wie Alexander v. Humboldt gesagt

habe, die besten, welche leer zu sein scheinen. Schließlich warnt der Redner vor der Anschaffung von Lehrmitteln, die zu kostbar sind und die zu selten gebraucht werden. Auf Wunsch der Versammlung wird diese Debatte geschlossen, worauf folgende Thesen des Referenten angenommen werden:

1) Die Ausrüstung der Volksschule mit Lehrmitteln ist eine normale, wenn sie a) nach lediglich pädagogischen Gesichtspunkten geschieht, und wenn sie b) jedes Fach in entsprechender Weise berücksichtigt. 2) Zur Herbeiführung derselben ist ein sorgfältiges Studium der Lehrmittellunde erforderlich.

Es folgt der Vortrag des Mittelschullehrers Cassau aus Püßeburg über die Einrichtung von Volkshilfsbildungsschulen. Seine Ausführungen gipfeln in folgenden Sätzen:

Der materielle Zug unserer Zeit mit dem rothen Socialdemocratismus und dem Nihilismus im Gefolge ist ein Product des Zusammenwirkens verschiedener politischer, socialer und sittlicher Factoren. Die Erziehung der Volksschule hat in erster Linie diesen materiellen Zug und damit das Proletariat in allen seinen Consequenzen zu bekämpfen. Daß reicht aber die für die Volkshilfsbildung auf den heutigen öffentlich obligatorischen Volkshilfsbildungsanstalten, den Volksschulen, angelegte Zeit nicht aus, vielmehr ist die Pöbelbildung der untern Stände von den öffentlichen Volkshilfsbildungsanstalten mit dem vollendeten 14. Jahre als verfrüht anzusehen. Es kann dem Uebel nur gewehrt werden durch Verlängerung der für die Aneignung der notwendigen Bildung angelegten Zeit bis zum 20. oder 21. Lebensjahre. Dies geschieht, soweit nicht höhere Anstalten in Frage kommen, auf obligatorischen Volkshilfsbildungsschulen für beide Geschlechter, sobald deren Besuch gesetzlich geordnet ist. Die Einrichtung dieser Schulen wird geregelt eines Theils nach den Bedürfnissen des Standes und Berufes der Jünger, andererseits mit Rücksicht auf deren zukünftiges Staatsbürger- und Staatsbürgerinnenthum, theils auch nach

Maßgabe ihrer Stellung als Mitglieder einer Kirchengemeinschaft, wie in Bezug auf Alter und Geschlecht. Mit diesen Anstalten sind zweckmäßig zusammengestellte Volkshilfsbibliotheken, welche vorwiegend belehrende Werke enthalten, zur Benutzung für die Jünger zu verbinden. Es ist anzunehmen, daß durch diese Einrichtungen die Volkshilfsbildung bald eine bessere Gestalt gewinnen, wie auch, daß Proletariat und Materialismus wirksam bekämpft werden; denn Volkshilfsbildung ist Volkshilfsbefreiung im wahrsten Sinne des Wortes. Damit muß die Errichtung von Volkshilfsbibliotheken zusammenhängen.

Die Versammlung stimmte über diese Sätze nur zum Theil ab und erklärte sich mit der Forderung nach obligatorischen Fortbildungsanstalten und Volkshilfsbibliotheken sowie mit der Behauptung, daß die Loslösung von den öffentlichen Volkshilfsbildungsanstalten mit dem 14. Jahre als verfrüht anzusehen sei, einverstanden.

Der Präsident richtet ein Schlusswort an die Versammlung, dessen wesentlichster Inhalt folgender ist:

Mit wahrer Freude über den Verlauf der 23. Allgemeinen Deutschen Lehrerverammlung ergreife ich das Wort. Die älteren Mitglieder werden mit mir zu dem Schluss gekommen sein, daß wir uns freuen dürfen, hier in Braunschweig haben tagen und einen so günstigen Verlauf der Versammlung haben sehen zu können. Allerdings dürfen wir wol nicht erwarten, daß alle Anwesende befriedigt worden sind. Die Ansichten über die Gegenstände der Besprechung gingen weit auseinander. Allein es kommt nicht darauf an, daß wir alle Eine Ansicht haben, sondern daß die verschiedenen Ansichten gehört und gegenseitig geachtet werden. Die Versammlung hat auch in diesem Jahre gethan, was sie für ihre Pflicht gehalten; im Namen Gottes hat sie Papier aufgeworfen, d. h. sie hat kein Geheimniß aus ihren Gedanken gemacht, sondern frei bekannt, was sie für die Schule notwendig erachtet. Das hat sie gethan „frisch, frei, fürsichtig dabei, und das übrige Gott besohlen“.

Locella

stücker, unversehen für Schulen (1236)

imm. Stein...

Wortst. 1. Mont. 1. Mittag.

Markt 19, L.

Wörter, Nachh.

1879. Direction von...

ment. Der in 4 Acten,

7 Uhr. Vorstellung...

hagen. apt. Ziemke, und Sonn...

Stettin. (1232-34)

Lehrer für...

schichten.

r in Leipzig: le a. S. — Pagan mit...

ch in Ritter-Brüch. — Müller in...

Dr. C. S. mit...

ard Best Lippold...

in Leipzig.